Deutscher Bundestag **Drucksache 17/519**

17. Wahlperiode 26. 01. 2010

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer (Köln), Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zur internationalen Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 in London

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In der gegenwärtigen Konzeption wird die für den 28. Januar 2010 geplante internationale Afghanistan-Konferenz in London keinen Beitrag für Frieden und Wiederaufbau in Afghanistan leisten. Stattdessen ist davon auszugehen, dass die geplanten massiven Truppenaufstockungen um etwa 30 000 US-amerikanische und etwa 7 000 Soldatinnen und Soldaten anderer NATO-Staaten durch weitere politische Absichtserklärungen legitimiert werden sollen.
2. Die Konferenz in London droht, die Fehler der vergangenen Afghanistan-Konferenzen zu wiederholen. Obwohl die Gesamtstärke der International Security Assistance Force (ISAF) innerhalb von acht Jahren von unter 10 000 auf etwa 90 000 angewachsen ist, ist die politische, soziale und militärische Strategie der NATO gescheitert. Mit den angekündigten Truppenaufstockungen rückt der Frieden erneut in weite Ferne.
3. Auf der internationalen Konferenz in London müssen andere Schwerpunkte gesetzt werden, die ein wichtiges Signal auch gegenüber der afghanischen Bevölkerung setzen: Frieden, Wiederaufbau und Selbstbestimmung in Afghanistan und strikte Achtung des Völkerrechts. Ohne einen breiten gesellschaftlichen Friedensprozess unter Beteiligung der Konfliktparteien und ohne den Abzug der ausländischen Truppen, die als Besatzer empfunden werden, wird es weder Frieden noch Wiederaufbau in Afghanistan geben. Darüber hinaus müssen auf der Konferenz die Weichen für eine bessere und ausschließlich zivile Koordination und Durchführung der Wiederaufbaumaßnahmen gestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf der internationalen Afghanistan-Konferenz, unabhängig vom Verhalten anderer Staaten, keine Zusagen über die Entsendung weiterer deutscher Soldaten nach Afghanistan zu tätigen,
2. den verbündeten Staaten mitzuteilen, dass Deutschland seine Truppen in diesem Jahr aus Afghanistan zurückziehen wird,

3. auf der NATO-Konferenz in Lissabon für eine Beendigung des NATO-Einsatzes in Afghanistan zu wirken, und die Aufhebung des Bündnisfalles nach Artikel 5 des NATO-Vertrages zu beantragen,
4. auf der internationalen Afghanistan-Konferenz dafür einzutreten, dass
   a) der bestimmende Grundsatz für eine neue Strategie lautet: Nicht der Krieg, sondern der Frieden muss afghanisiert werden;
   b) die ausländischen Kriegsparteien umgehend aus Afghanistan abziehen.
5. die Initiative zu ergreifen, um sicherzustellen, dass auch für die zivilen Hilfen das Selbstbestimmungsrecht Afghanistans Grundlage der Zusammenarbeit wird und die katastrophale soziale Lage der Menschen in Afghanistan umgehend verbessert werden kann. Deshalb
   a) sollen die Gelder, die bisher von den NATO-Staaten für den Kriegseinsatz aufgebracht wurden, in gleicher Höhe für den zivilen Aufbau eingesetzt werden;
   b) soll in Kooperationen internationaler und afghanischer ziviler Hilfsorganisationen eine Versorgungsinfrastruktur aufgebaut werden, die den Menschen in Afghanistan und der Produktion zur lokalen Versorgung zugutekommt und die Wasser- und Energieversorgung, Bildung, landwirtschaftliches Gerät und Saatgut beinhaltet;
   c) muss die Praxis der zivil-militärischen Zusammenarbeit sofort beendet und die Neutralität von Hilfsorganisationen strikt beachtet werden. Hilfsorganisationen, die teilweise seit Jahrzehnten erfolgreich in Afghanistan arbeiteten, dürfen nicht in Kriegshandlungen hineingezogen und durch die Anwesenheit der Streitkräfte kompromittiert und gefährdet werden;
   d) sollen finanzielle Unterstützungen strikt an Rechtsstaatlichkeit und Transparenz sowie an die Verhinderung paramilitärischer Strukturen und die Ausschaltung von Korruption gebunden werden;
   e) soll mit internationalen Mitteln besonders der Aufbau eines Vor-Ort-Bildungssystems, von Hochschulen und beruflicher Ausbildung, die stärkere Unterstützung von Frauenprojekten und Frauenförderung allgemein sowie die Anstrengungen zur Reintegration der Flüchtlinge vorangetrieben werden.

Berlin, den 26. Januar 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333